

Nachrichten

EU-Programm für Lebenslanges Lernen

Das bildungspolitischen Ziel der EU, die transnationale Mobilität von Lehrenden und Lernenden in allen Bildungsbereichen zu befördern, wird programmatisch durch das Europäische Programm für Lebenslanges Lernen untermauert.

Bei einer Laufzeit von sieben Jahren (2007 bis 2013) ist das Programm mit einem Budget von 6,97 Milliarden EURO ausgestattet. Es gliedert sich in vier Einzelprogramme, die sich an den Bildungsbereichen Schule (Comenius), Hochschule (Erasmus), Berufsbildung (Leonardo da Vinci) und Erwachsenenbildung (Grundtvig) orientieren. Das bisher eigenständige Hochschulprogramm Jean Monnet wurde in das Programm für Lebenslanges Lernen integriert. Es wird durch ein Querschnittsprogramm ergänzt, das insbesondere die Konzeption politischer Maßnahmen unterstützen, den Spracherwerb fördern, die Integration der Medien in Bildungsprozesse voranbringen sowie die Ergebnisse des Gesamtprogramms in die Breite tragen soll.

Das Programm für Lebenslanges Lernen flankiert den Kopenhagen-Prozesses im Bereich der Berufsbildung. Ziel ist es, bis zum Jahr 2012 die Zahl der Jugendlichen, die während ihrer Ausbildungszeit einen Auslandsaufenthalt durchführen, auf 80.000 pro Jahr zu steigern. Im Jahr 2008 wurden in Leonardo da Vinci bereits deutlich über 70.000 Ju-

gendliche bei einem Ausbildungsaufenthalt im Ausland gefördert. In Deutschland hat die Zahl der beantragten und bewilligten Auslandsaufenthalte im Rahmen des Einzelprogramms Leonardo da Vinci im Vergleich zum Vorjahr erheblich zugenommen. Mit rund 20 Millionen EURO konnten insgesamt etwas mehr als 11.000 Personen unmittelbar gefördert werden, darunter 8.302 Auszubildende und Berufsschüler und Berufsschülerinnen, 1.809 Personen im Arbeitsmarkt sowie 1.063 Fachkräfte der beruflichen Bildung. Erhebungen belegen, dass seit Programmbeginn die durchschnittliche Dauer der Auslandsaufenthalte stetig zugenommen hat und mittlerweile bei 5,5 Wochen liegt.

Information: www.lebenslangeslernen.eu

Standortfaktor Bildung wird immer wichtiger

Die einzigartige Partnerschaft von Bund, Kommunen und Stiftungen zeigt erste Erfolge: 60 Millionen Euro für bessere Bildung in den Kommunen. „Viele Kreise und Städte haben erkannt, dass Bildung ein entscheidender Standortfaktor ist“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Andreas Storm, MdB, am Montag in Frankfurt. „In den Kommunen durchlaufen die Menschen ihre Bildungsbiographie – von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Weiterbildung. Wir fördern deshalb Projekte, in denen aufeinander abgestimmte Bildungsangebote das lebensbegleitende ‚Lernen vor Ort‘ weiterentwickeln – zum praktischen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger.“

Das Programm „Lernen vor Ort“ ist ein zentraler Bestandteil der Qualifizie-

rungsinitiative der Bundesregierung, die unter dem Motto „Aufstieg durch Bildung“ Bildungsangebote innovationsbereiter Kommunen drei bis fünf Jahre lang fördert. Dafür stellen das BMBF und der Europäische Sozialfonds 60 Millionen Euro zur Verfügung. Ein aus etwa 30 Stiftungen bestehender und eigens gegründeter Stiftungsverbund unterstützt die Kommunen durch Patenschaften. Die Stiftungen stellen ihre Kenntnisse und Erfahrungen aus erfolgreichen Modellprojekten zur Verfügung, aktivieren das bürgerschaftliche Engagement und stärken die öffentlich-private Kooperation vor Ort.

„Die gemeinsame Initiative des Bundesbildungsministeriums und deutscher Stiftungen ist bereits jetzt sehr erfolgreich, denn es haben sich 150 Standorte aus 15 Bundesländern mit bemerkenswerten Ideenskizzen an der Ausschreibung beteiligt. Dies entspricht einem guten Drittel aller bundesdeutschen Kreise und kreisfreien Städte“, so Storm anlässlich der Informations- und Beratungsveranstaltung für diese Kommunen.

Von den eingegangenen Projektskizzen hat die Jury in einem ersten Schritt 59 Kommunen ausgewählt, die bis Anfang Mai Förderanträge ausarbeiten sollen. Bei diesen 59 Kommunen handelt es sich um 33 Kreise und 26 Städte aus den 15 beteiligten Bundesländern. 18 Kommunen liegen in den neuen Ländern und 41 Standorte in den alten Ländern. Großstädte sind ebenso vertreten wie kleine und mittlere Kommunen in Ballungszentren sowie in ländlichen Regionen.

Die Jury wird Anfang Juni 2009 etwa 30 Kommunen für eine Förderung bestimmen. Voraussetzung für die Unterstützung der Einzelprojekte ist die Zustimmung des jeweiligen Sitzlandes.

Ab September 2009 werden die Kommunen zunächst für eine Laufzeit von drei Jahren ihre Projekte starten. Besonders erfolgreiche und transferfähige Vorhaben sollen anschließend für zwei Jahre verlängert werden.

BMBF

Information: www.lernen-vor-ort.info

Den Schulabschluss nachholen wird einfacher – Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen startet neues Online-Angebot

Wer einen Hauptschulabschluss nachholen möchte, erhält jetzt zusätzliche Unterstützung. Das Lernportal „ich-will-lernen.de“ des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) wird um eine wesentliche Funktion erweitert: In dem Bereich „Förderung der Abschluss- und Beschäftigungsfähigkeit“ finden Interessierte ab sofort Hilfe bei der Vorbereitung auf einen Hauptschulabschluss. „Wir wollen Wege aufzeigen, wie sich ein Schulabschluss einfacher nachholen lässt“, sagte Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). „Das neue Angebot hilft jungen Menschen, ihre zweite Chance auf einen Schulabschluss zu nutzen und sich damit auch für eine Berufsausbildung zu qualifizieren.“ Das vom BMBF geförderte Lernportal „ich-will-lernen.de“ bietet kostenlos interaktive Lernmaterialien an – Schwerpunkte sind Deutsch, Mathematik und Englisch.

Die Bundesregierung hat als Beitrag zur Weltalphabetisierungsdekade einen eigenen Förderschwerpunkt zu diesem Thema eingerichtet. Dabei geht es um Forschungs- und Entwicklungsaufgaben bei der Alphabetisierung und Grundbildung von Erwachsenen. Im Zeitraum

von 2007 bis 2012 unterstützt das BMBF 27 Verbundvorhaben mit mehr als 100 Einzelprojekten mit insgesamt mehr als 30 Millionen Euro. In diesen Projekten haben sich Einrichtungen aus der Wissenschaft und der Weiterbildungspraxis zusammengeschlossen, um gemeinsam neue Wege bei der Arbeit für die Grundbildung von Erwachsenen zu gehen.

BMBF

Weitere Verbesserungen beim Meister-BAföG – Novelle im Bundestag verabschiedet/ Förderung künftig auch für Pflegeberufe und Erzieher

Der Bundestag hat am Donnerstag den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG bzw. Meister-BAföG) verabschiedet. In ihrer Rede im Plenum des Deutschen Bundestages erklärte Bundesbildungsministerin Annette Schavan: „Das Meister-BAföG ist ein Kernelement der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung. Mit den nun eingeführten Leistungsverbesserungen sorgen wir für die richtigen Weichenstellungen, um noch mehr Menschen als bisher für Fortbildungen zu gewinnen und einen qualifizierten Fachkräftenachwuchs sicher zu stellen.“ Die Ministerin appellierte zugleich an den Bundesrat, den Weg für diese Verbesserungen frei zu machen, um so die Erfolgsgeschichte des Meister-BAföG fortschreiben zu können.

Bund und Länder hatten beim Bildungsgipfel in Dresden vereinbart, mehr Geld in Bildung und Qualifizierung zu investieren und Weiterbildung zu unterstützen. „Dieses Ziel haben wir nun mit der gemeinsamen Erarbeitung und Finanzierung der Novelle des Meister-BAföG konkret umgesetzt. Gerade vor dem Hintergrund der Konjunkturlage

und des demografiebedingten Fachkräftemangels müssen wir jetzt Fortbildung attraktiver machen. Die Verbesserungen bei der beruflichen Aufstiegsfortbildung leisten dazu einen wertvollen Beitrag“, so die Ministerin weiter. Mit der AFBG-Novelle werden in den nächsten vier Jahren etwa 272 Millionen Euro zusätzlich in die Aufstiegsfortbildung investiert. Der Bund trägt hiervon etwa 212 Millionen, die Länder rund 60 Millionen Euro.

Die Novelle sieht zahlreiche Verbesserungen vor: So wird künftig nicht mehr nur die erste, sondern eine Aufstiegsfortbildung gefördert. Zudem wird eine Leistungskomponente eingebaut: Alle, die eine Fortbildung bestanden haben, erhalten künftig einen Darlehensteilerlass in Höhe von 25 Prozent. Damit soll die Motivation, eine Fortbildung erfolgreich abzuschließen, erhöht werden.

Auch Fortbildungswillige mit Kindern werden in Zukunft noch stärker finanziell unterstützt. Der Kinderzuschlag wird von derzeit 179 auf 210 Euro pro Monat angehoben und zu 50 Prozent bezuschusst, statt wie bisher nur als Darlehen gewährt. Zugleich wird es einen Kinderbetreuungszuschlag von 113 Euro pro Kind und Monat als Zuschuss für Alleinerziehende geben. Darüber hinaus sollen der Unterhaltsbeitrag und der Kinderbetreuungszuschlag auch während der neu eingeführten Prüfungsvorbereitungsphase für bis zu weitere drei Monate als Darlehen gewährt werden.

Existenzgründungen nach der Fortbildung und die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen werden fortan noch stärker honoriert, indem bei der dauerhaften Einstellung eines neuen Mitarbeiters oder Auszubildenden ein Darlehensteilerlass in Höhe von 33 Prozent gewährt wird.

Aufstiegsfortbildungen in den Pflegeberufen und der Altenpflege werden künftig auch in den Ländern, in denen keine landesrechtlichen Regelungen existieren, förderfähig sein, um dem wachsenden Fachkräftebedarf im Pflegebereich Rechnung zu tragen. Auch Aufstiegsfortbildungen für Erzieher werden nach dem AFBG gefördert, damit vor allem die frühkindliche Erziehung verbessert werden kann.

Die Fördermöglichkeiten für fortbildungswillige Migranten mit einer Bleibeperspektive in Deutschland werden ebenfalls verbessert. Vor allem müssen sie nicht mehr wie bisher vor der Fortbildung mindestens drei Jahre lang berufstätig gewesen sein. „Damit leisten wir auch einen Beitrag zur besseren Integration von Ausländern“, so die Ministerin.

BMBF

Termine

16.–18. September 2009, Berlin

Die Jahrestagung 2009 der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium – DGWF wird an der Technischen Universität Berlin stattfinden. Thema: „Wissenschaftliche Weiterbildung: Zehn Jahre nach Bologna – Alter Wein in neuen Schläuchen oder Paradigmenwechsel?

Information: www.dgwf.net/tagungen/2009/jahrestagung_cfp.htm

Personalia

Prof. Dr. Volker Otto am 17.3.2009 gestorben

Prof. Dr. Volker Otto – seit Oktober 1999 Mitglied der Redaktionskonferenz der Hessischen Blätter für Volksbildung – wurde am 3.5.1939 in Leipzig, das er 1953 in Richtung Westen verlies, geboren.

Der gelernte Schriftsetzer besuchte den Vorkurs des Frankfurter Bundes für Volksbildung zur Aufnahme in das Abendgymnasium und legte dort das Abitur ab. Er studierte Politische Wissenschaft und promovierte 1970 mit einer Arbeit über das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates. Im gleichen Jahr wurde er Mitarbeiter und ab 1974 stellvertretender Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes (PAS/DVV). Von 1977 bis 1989 war er Verbandsdirektor des Hessischen und von 1.11.1989 bis 5.2.2001 Direktor des Deutschen Volkshochschul-Verbandes. 2002 kehrte er nach Leipzig zurück. Die Erziehungswissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig ernannte Dr. Volker Otto am 14. Mai 2003 zum Honorarprofessor für Erwachsenenpädagogik.

Während seiner Tätigkeit für die Volkshochschulen hat Volker Otto zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen vorgelegt und immer wieder Impulse für die Entwicklung der Erwachsenenbildung gegeben, die z. T. erst viel später in ihrer Reichweite aufgegriffen wurden, etwa zu: Weiterbildung und Medien, Offenes Weiterlernen – Weiterbildung im Selbstlernzentrum (1979), Strukturpolitik für die Volkshochschulen und öffentliche Erwachsenenbildung.

Seine Beiträge in den „Blättern“ haben diese mitgeprägt. Die Redaktionskonferenz erhielt von Volker Otto viele Anregungen. Er verfügte über große organisatorische Erfahrungen, die er mit hoher Verbindlichkeit und der ihm eigenen Verlässlichkeit einbrachte. Das Verhältnis zwischen uns beiden hat sich in den mehr als dreißig Jahren, die wir uns kennen, weiterentwickelt von distanzierter Bekanntschaft über gegenseitige Anerkennung zu kritischer Freundschaft.

Peter Faulstich

Jakob Horn (*22. Oktober 1935 in Bacsszentivan) ist am 17. Januar 2009 in Schönram gestorben. Er war fast 30 Jahre in leitenden Funktionen für den Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) tätig und hat maßgeblich das „Institut für Internationale Zusammenarbeit“ entwickelt. Bis zu seinem Tod behielt er großes Interesse an den Entwicklungen in der internationalen Erwachsenenbildung.

Horn studierte Rechts-, Wirtschafts- und Politische Wissenschaften in München und Berlin. Er engagierte sich in

der Studentenbewegung und wirkte in den Organen studentischer Selbstverwaltung, seiner Fachschaft und im Verband Deutscher Studentenschaften mit. 1963 schloss er das Studium mit dem Diplom in Politologie am Otto-Suhr-Institut ab.

Am 1. Juli 1971 trat er als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Partnern in die Dienste des DVV. Am 1. Oktober 1975 wurde er Institutsleiter und blieb dies bis zu seinem Ruhestand im Jahre 1999. Sein besonderes Engagement galt den Regionalverbänden der Erwachsenenbildung für Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika.

*Prof. Dr. Rita Süßmuth, Präsidentin
Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB, Vorsitzender
Ulrich Aengenvoort, Verbandsdirektor
Prof. (H) Dr. Heribert Hinzen, Institutsleiter
Deutscher Volkshochschul-Verband, Bonn*